

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 03/2009

Leipzig, den 2. Februar 2009

Große Beteiligung an Warnstreiks der Lehrer absehbar

Die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat Sachsen folgen in einem hohen Maß dem Aufruf zum Warnstreik an den Schulen. Da die Entwicklung nach wie vor einer hohen Dynamik unterliegt, lässt sich nicht endgültig sagen, welche Schulen landesweit betroffen sein werden. Sicher ist (Stand Montag, 13.00 Uhr, Streikbüros der GEW), dass am ersten Streiktag mit dem Schwerpunkt in den größten Städten – Chemnitz, Dresden und Leipzig – Lehrer an rund 80 Prozent der dortigen Schulen die Arbeit niederlegen. In der Stadt Leipzig werden ca. 100 Schulen, darunter alle öffentlichen Mittelschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulzentren betroffen sein sowie ca. die Hälfte der Grund- und Förderschulen. Im gesamten Regierungsbezirk Leipzig beteiligen sich Lehrkräfte von rd. 200 Schulen am Warnstreik. In der Stadt Chemnitz beteiligen sich am morgigen Dienstag Lehrer/innen von 21 Schulen und in der Stadt Dresden von 62 Schulen am Warnstreik. Dazu kommen am Dienstag noch 37 betroffene Schulen im Umland von Dresden.

Am zweiten Streiktag, an dem in der Fläche Warnstreiks stattfinden werden, dürften bis zu 70 Prozent der Schulen betroffen sein. Das könnten aber durchaus noch mehr werden. Regionale Schwerpunkte liegen hier vor allem in Ostsachsen, insbesondere in Görlitz, Bautzen, Hoyerswerda, Löbau und dem jeweiligen Umland sowie in weiteren Landkreisen des Regierungsbezirkes Chemnitz, insbesondere im Zwickau, Plauen, Freiberg, Mittweida, Hainichen und dem jeweiligen Umland.

Die GEW fordert gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der Länder eine achtprozentige Einkommenserhöhung. Die Arbeitgeber haben auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 26. Januar in Potsdam kein Angebot vorgelegt. Deshalb soll nun mit Warnstreiks Bewegung in die Verhandlungen gebracht werden.

S. Gerold, GEW-Landesvorsitzende:

„Das außerordentlich breite Echo auf unseren Aufruf zum Warnstreik im Schulbereich zeigt, in welchem starkem Maße die Beschäftigten die Tarifforderung ihrer Gewerkschaften unterstützen. Jetzt sind die Bundesländer am Zuge, weitere Arbeitsniederlegungen zu verhindern, indem sie ein verhandelbares Angebot unterbreiten. Nicht die Gewerkschaften haben den Warnstreik – gerade auch im Schulbereich – zu verantworten, sondern die Arbeitgeber mit ihrer bisher unnachgiebigen Haltung.“

Nachfragen möglich unter 0341-4947 412 oder 0172-7990 114